

7. Sekundärliteratur

Festschrift zur zweihundertjährigen Jubelfeier der Franckeschen Stiftungen und der Lateinischen Hauptschule am 30. Juni und 1. Juli 1898.

Kollegium der Lateinischen Hauptschule

Halle a. S., 1898

Stein und Bismarck.

Nutzungsbedingungen

Die Digitalisate des Francke-Portals sind urheberrechtlich geschützt. Sie dürfen für wissenschaftliche und private Zwecke heruntergeladen und ausgedruckt werden. Vorhandene Herkunftsbezeichnungen dürfen dabei nicht entfernt werden.

Eine kommerzielle oder institutionelle Nutzung oder Veröffentlichung dieser Inhalte ist ohne vorheriges schriftliches Einverständnis des Studienzentrums August Hermann Francke der Franckeschen Stiftungen nicht gestattet, das ggf. auf weitere Institutionen als Rechteinhaber verweist. Für die Veröffentlichung der Digitalisate können gemäß der Gebührenordnung der Franckeschen Stiftungen Entgelte erhoben werden.

Zur Erteilung einer Veröffentlichungsgenehmigung wenden Sie sich bitte an die Leiterin des Studienzentrums, Frau Dr. Britta Klosterberg, Franckeplatz 1, Haus 22-24, 06110 Halle (studienzentrum@francke-halle.de)

Terms of use

All digital documents of the Francke-Portal are protected by copyright. They may be downloaded and printed only for non-commercial educational, research and private purposes. Attached provenance marks may not be removed.

Commercial or institutional use or publication of these digital documents in printed or digital form is not allowed without obtaining prior written permission by the Study Center August Hermann Francke of the Francke Foundations which can refer to other institutions as right holders. If digital documents are published, the Study Center is entitled to charge a fee in accordance with the scale of charges of the Francke Foundations.

For reproduction requests and permissions, please contact the head of the Study Center, Frau Dr. Britta Klosterberg, Franckeplatz 1, Haus 22-24, 06110 Halle (studienzentrum@francke-halle.de)

Stein und Bismarck.

Von

Friedrich Neubauer.

Die Staatsmänner des siebzehnten und achtzehnten Jahrhunderts hatten zur Aufgabe gehabt, die Staatseinheit zu begründen. Sie hatten die überlieferten Machtansprüche bevorrechteter Volksklassen niederzuzwingen und die Autorität des Staates wie einen rocher von Bronze aufzurichten. Auch seitdem hat es an harten Kämpfen des Staatsgedankens mit ständischen Sonderansprüchen nicht gefehlt, und sie werden auch in kommenden Zeiten nicht fehlen. Aber darüber hinaus ist den Staatsmännern unseres Jahrhunderts eine neue Aufgabe zugefallen: den Staat, dessen Wesen Macht, dessen Zwecke die einer sittlichen Gemeinschaft sind, den sittlichen Forderungen einer neuen Zeit anzupassen; ihn aus einem Nebeneinander von Landesteilen, deren Gemeinsames in der Einheit der Dynastie und der Verwaltung lag, zum nationalen Staat zu machen und ihm eine neue starke Stütze in dem Gefühl nationaler Zusammengehörigkeit zu geben; und andererseits die einzelnen Volksgenossen zur Teilnahme an der politischen Thätigkeit, an der örtlichen Verwaltung, an der Entscheidung über die allgemeinen Fragen der ganzen Volksgemeinschaft heranzuziehen, sie durch die starken Bande der Liebe, die aus fortgesetzter Beschäftigung erwächst, an den Staat zu ketten und diesem so eine zweite, neue Stütze sittlichen Ursprungs zu verleihen in dem Gemeingefühl und der Staatsgesinnung des Bürgers. Die Bedeutung der beiden Männer, von denen die folgenden Blätter reden wollen, besteht vornehmlich darin, daß sie für uns Preußen und Deutsche diese Forderungen vertreten und verwirklicht haben. Die Schöpfungen des nationalen Staats, des Verfassungsstaats, des Selbstverwaltungsstaats sind für uns untrennbar mit den Namen Stein und Bismarck verbunden.

Als Ritter des Reichs, nur dem Kaiser, keinem Landesherrn unterthan, ist Karl Freiherr vom Stein im Jahre der Schlachten bei Rofsbach und Leuthen zu Nassau an der Lahn geboren. Er stammte aus Kreisen, die von einem starken Staatsgefühl nichts wußten; er war der Sohn einer Landschaft, die unter dem Szepter kleiner Fürsten oder dem bischöflichen Krummstab stehend, eine stetige und kräftige Einwirkung des Staates nicht kannte; er wuchs auf in einer Zeit, die geneigt war mit Lessing den Patriotismus als eine heroische Schwachheit zu betrachten. Um so bedeutsamer ist es, daß der jugendliche Freiherr, nachdem er in Göttingen studiert hatte, dort, wo auch Bismarck einst die erste Hälfte seiner Studienzeit verbringen sollte, sich dafür entschied, nicht in den Dienst des Reiches, auf den ihn die Traditionen seiner Familie wiesen, sondern in den des deutschen Zukunftsstaates, Preußens, zu treten. Er that es aus Verehrung für Friedrich den Großen; er war, um Goethes Ausdruck zu gebrauchen, „fritzisch gesinnt“; das persönliche Element war es, was ihn anzog, nicht die Begeisterung für den preussischen Staat. Dann erfüllte er sich allerdings allmählich mit dem

Glauben an Preussens deutschen Beruf. 1804 sprach er dem Kabinettsrat Beyme gegenüber seine innige Überzeugung aus, daß „deutsche Veredelung und Kultur fest und unzertrennlich an das Glück der preussischen Monarchie gekettet“ sein. In demselben Jahre erklärte er in jenem berühmten Protestbrief an den nassauischen Fürsten, der widerrechtlicher Weise auf zweien der Steinschen Güter von der Landeshoheit Besitz genommen hatte, daß Deutschlands Unabhängigkeit und Selbständigkeit nur dann gewinnen werde, wenn die kleinen Staaten „mit den beiden großen Monarchien, von deren Existenz die Fortdauer des deutschen Namens abhängt, vereinigt werden“, und, so fügt er hinzu, „die Vorsehung gebe, daß ich dieses glückliche Ereignis erlebe“. Und aus seinem Alter stammt das schneidende Wort, das er einem Vorkämpfer mittelstaatlicher Politik, dem Herrn von Gagern, zurief: „Sie finden uns geschieden durch Glauben und Preussentum, d. h. geschieden für Zeit und Ewigkeit!“ Aber, so Ungeheures dieser Mann in den vierzehn Monaten seines zweiten Ministeriums für Preußen geleistet hat, die Verbindung, die er mit dem preussischen Staate einging, ist nie so innig geworden, daß er mit ihm verwachsen wäre. Wie hätte er sonst 1809, als Friedrich Wilhelm III. den Entschluß nicht fassen konnte sich an Österreich zum Kampfe gegen die napoleonische Weltherrschaft anzuschließen, wie hätte er damals die furchtbaren Worte schreiben können: „Preußen wird unbedauert und ohne Nachruhm untergehen, und man wird es für ein Glück halten, daß eine Macht, die anfangs durch ihren Ehrgeiz Europa erschüttert, nachher durch ihr Tripotieren beunruhigt, die keine Pflicht weder gegen sich selbst noch gegen den europäischen Staatenbund erfüllt hat, zu sein aufhört“. Auch der Charakter des brandenburgischen Volkes war ihm nicht sympathisch. „Der Brandenburger ist kalt, trübsinnig, gemütslos, karg — arbeitsam aus Bedürfnis, nicht aus dem Bestreben ein Übermaß von Kräften zu äußern“. Und noch schärfer 1811: „Was kann man erwarten von den Einwohnern dieser sandigen Steppen, diesen pfliffigen, herzlosen, hölzernen, halbgebildeten Menschen, die doch eigentlich nur zu Corporals und Calculatoren gemacht sind!“ Davon, daß er später, auf Grund der Erfahrungen von 1813, anders urteilte, wird noch die Rede sein.

In der That blieb Stein immer, wie Arndt sagt, „der stolze, freie Reichsritter, welchen noch hohenzstaufische Kaisererinnerungen umleuchteten“. „Ich habe nur ein Vaterland“, schrieb er am Vorabend des Befreiungskrieges an den Grafen Münster, „und da ich nach alter Verfassung nur ihm und keinem besonderen Teile desselben angehöre, so bin ich auch nur ihm und nicht einem Teile desselben von ganzem Herzen ergeben“. Ja, er fügt hinzu: „Setzen Sie an die Stelle Preussens, was Sie wollen, . . . ich wünsche es, es ist gut, wenn es ausführbar ist“. Nur die Unausführbarkeit also hinderte ihn, der Idee der deutschen Einheit den preussischen Staat zu opfern. Von dem Gedanken eines Deutschland, dessen Mittelpunkt Preußen wäre, ist er weit entfernt. Er erkennt an, daß „in Preußen sich der deutsche Geist reiner erhält als in dem mit Slaven und Ungarn gemischten, von Türken und slavischen Nationen umgebenen Österreich“; aber daraus folgt ihm nur, daß es ratsam ist die Kaiserwürde an Österreich zu geben, um sein Interesse desto stärker an Deutschland zu ketten. Schon 1808, als er, Scharnhorst und die Ihrigen jene ungeheuren Pläne eines Aufstandes gegen die noch im Lande stehende französische Armee entwarfen, hatte er geschrieben: „Der Krieg muß geführt werden zur Befreiung von Deutschland durch Deutsche“, und für den nationalen Kampf hatte er eine nationale Kokarde vorgeschlagen, welche die preussischen und österreichischen Farben vereinigen sollte. Als dann 1813 der Bund gegen Napoleon fertig war und die Befreiung des deutschen Bodens in Aussicht stand, ist es ergreifend zu sehen, wie dieser von heifser Vaterlandsliebe durchglühte Mann sich abmühte das Unmögliche möglich zu machen, eine Bundesverfassung zu ersinnen, die eng genug wäre, um über alle kleinstaatliche Zersplitterung hinaus die Herrlichkeit des alten Reiches erstehen zu lassen, und doch weit genug, um zwei Großstaaten Spielraum für eine selbständige europäische Politik zu gewähren. Wenn Stein von diesen Dingen spricht, so nimmt sein Stil etwas Erhabenes an: „Es ist von der

größten irdischen Angelegenheit die Rede Zeitgenossen und Nachwelt werden strenge diejenigen beurteilen, die, zu der Lösung der Aufgabe berufen durch ihre Stellung im Leben, ihr nicht alle Kraft und allen Ernst widmen“. Das liebste wäre ihm, der von der alten Kaiserherrlichkeit begeistert war, die Schöpfung eines deutschen Einheitsreiches gewesen. Da diese nicht möglich war, so wünschte er die Teilung Deutschlands unter Preußen und Österreich, zu dem die übrigen deutschen Staaten, soweit man sie bestehen liefse, in ein Vasallenverhältnis zu treten hätten. Es war ein Plan, der immerhin für jene Zeit die einzige Lösung der deutschen Frage enthielt, und der an Interesse gewinnt durch die Zusammenstellung mit dem Vorschlage, den im Mai 1866 Bismarck an Österreich machte, Deutschland nach der Mainlinie zu teilen; wobei ich von der Frage absehe, inwieweit dieser Vorschlag ein bloßer Schachzug Bismarcks war, um den König von der Unmöglichkeit einer Verständigung und der Notwendigkeit des Krieges zu überzeugen. Bei seinen späteren Entwürfen verlor Stein den Boden realer Politik unter den Füßen. Als dann aus den Beratungen des Wiener Kongresses die Gründung des Deutschen Bundes hervorging, d. h., wie Stein sagt, „die Auflösung Deutschlands in zwanzig kleine Fragmente, die durch ein Spinnengewebe verbunden sind“, zog er sich unzufrieden in die Stille der Einsamkeit zurück, Trost und Beruhigung, wie er selbst sagt, nur in dem Glauben an eine väterliche, weise Vorsehung und dem Blicke nach jenseits findend.

Stein hing an Deutschland mit ganzer Seele; sein Verhältnis zu Preußen wurde mehr durch Erwägungen des Verstandes als durch Regungen des Herzens bestimmt. Anders Otto von Bismarck, der Sohn eines märkischen Geschlechts, dem das Preusentum im Blute lag, und der in den Überlieferungen einer preussischen Edelmanns- und Offiziersfamilie heranwuchs. Als ganz erfüllt von preussischer Gesinnung zeigte er sich in jenen ersten parlamentarischen Kampffahren, wo ihm der preussische Geist der Bucephalus war, der „den unberufenen — demokratischen — Sonntagsreiter mitsamt seiner schwarzrotgoldenen Zäumung auf den Sand setzt“. „Das spezifische Preusentum“, sagte er 1849 in der zweiten Kammer, „war es, was uns Deutsche im Jahre 1848 gehalten hat.“ „Mein Vaterhaus ist Preußen, und ich habe mein Vaterhaus noch nicht verlassen und werde es nicht verlassen“, rief er dem Abgeordneten Beckerath zu, der ihn „einen verlorenen Sohn des deutschen Vaterlandes“ genannt hatte. Aber es wäre ganz falsch anzunehmen, daß ihm in jenen Jahren der Sinn für die nationale Einigung Deutschlands abgegangen wäre. „Die deutsche Einheit will ein jeder, mit dieser (der Frankfurter) Verfassung aber will ich sie nicht.“ Auch er spricht von der Zeit, wo „die Raben vom Kyffhäuser vertrieben und der Tag der deutschen Einheit nahe herbeigekommen ist“. Bismarck hat später, 1879, im deutschen Reichstag gesagt: „Ich habe von Anfang meiner Carriere an nur den einzigen Leitstern gehabt: durch welche Mittel und durch welche Wege kann ich Deutschland zu einer Einigung bringen“. Aber er wollte die deutsche Einheit in einer Form, die der preussischen Krone und dem preussischen Staate den gebührenden Einfluß einräumte. „Ich suche die preussische Ehre darin, daß Preußen nicht zugebe, daß in Deutschland etwas geschehe ohne Preußens Einwilligung“. So sprach er in der Rede, in welcher er den Vertrag von Olmütz verteidigte, damals noch ein Anhänger des Zusammengehens mit Österreich. Er sollte bald, auf Grund seiner Erfahrungen als preussischer Gesandter am Bundestage, seine Anschauungen ändern und für Preußen größere Ansprüche machen. „Ich hätte, schreibt er, „jeden Tropfen preussischen Blutes verleugnen müssen, wenn ich mir auch nur eine mäfsige Vorliebe für das Österreich, wie seine gegenwärtigen Machthaber es verstehen, hätte bewahren wollen“. „Für uns beide“, Preußen und Österreich, „ist kein Platz nach den Ansprüchen, die Österreich macht. . . . Wir atmen einer dem andern die Luft vor dem Munde fort“. Es war, soviel ist klar, der Sinn für Preußens Ehre, die Überzeugung von den Machtbedürfnissen Preußens, dessen Politik „keinen anderen Exerzierplatz als Deutschland hatte“, was ihn zu seiner nationalen Politik hingeführt hat. Ähnlich war, wie Erich Marcks nachweist, die innere Entwicklung bei dem Prinzen von Preußen. Ja, dieser hat

cher mit der Tradition des preussisch-österreichischen Einvernehmens, wie sie sein königlicher Vater gepflegt hatte, gebrochen; schon im Mai 1849 hat er es ausgesprochen, daß „Preußen bestimmt sei an die Spitze Deutschlands zu kommen.“ Er ist auch später dem Gedanken der preussischen Hegemonie treu geblieben. Aber als er dann die Regierung übernommen hatte, dachte er doch nicht von fern daran, seine ganze Politik auf das Ziel eines Entscheidungskampfes mit Österreich um die Vorherrschaft in Deutschland zuzuspitzen; man weiß, wie schwer ihm 1866 der Entschluß zum Kriege geworden ist. Dies Ziel, sobald es als notwendig erkannt war, mit allen Mitteln einer genialen Kraft, mit der Sicherheit des entschlossenen Willens, mit dem vollen Bewußtsein der ungeheuren Verantwortung verfolgt zu haben, ist Bismarcks Werk.

Steins Politik war großdeutsch, Bismarcks kleindeutsch. Danach bestimmt sich auch ihr Verhältnis zu den deutschen Mittel- und Kleinstaaten. Sie hatten beide Gelegenheit genug, sie kennen zu lernen. Bismarck hat in seiner Stellung als Bundestagsgesandter die Triebfedern der mittelstaatlichen Diplomatie studiert. Steins Stammgüter waren von Kleinstaaten umgeben, Westfalen, wo er als Beamter tätig war, lag mitten zwischen ihnen, seine verwandtschaftlichen Beziehungen setzten ihn mit mittelstaatlichen Höfen in Verbindung; endlich hat auch er, gleich Bismarck, sich die diplomatischen Sporen in der Bundespolitik verdient, als er 1785 den Kurfürsten von Mainz für den Anschluß an den Fürstenbund gewann. Es läßt sich denken, daß die Urteile beider Männer über die mittelstaatlichen Souveränitätsansprüche ähnlich abfällig lauten; aber der Standpunkt ist nicht völlig der gleiche, und auch der Ausdruck des abfälligen Urteils ist verschieden. Bismarck geht von dem Machtbedürfnis der preussischen Großmacht aus, die sich ihre europäische Stellung bewahren muß, sich von der Majorität der kleineren deutschen Staaten nicht „mediatisieren“ lassen darf. Mit kühler Sachlichkeit konstatiert er 1854 in einem Bericht an den Minister von Manteuffel, daß sich „durch den langen Frieden die Theorie der Gleichheit der Souveräne unter sich bei den Mittelstaaten in einer krankhaften Weise ausgebildet habe“. Schärfer ist sein Wort von den „von des Rheinbundes und der Bundesakte Gnaden souveränen Kleinstaaten“ und von dem „ganz unhistorischen, gott- und rechtlosen Souveränitätsschwindel der deutschen Fürsten.“ Mit zuweilen etwas bitterem Humor sieht er diese Verhältnisse an: wenn er von seinen Kollegen am Bundestage kostbare Porträts entwirft; wenn er von der „einfältigen Wassersuppe“, die von den „superklugen Bundestagsmenschen“ gekocht wird, und von den Phäaken spricht, die „essen und trinken und geschützt werden wollen“, und deren Existenz allerdings bequemer ist als die auf der „Basis der Spartaner“. Mit viel größerer Schärfe steht Stein den Mittelstaaten seiner Zeit gegenüber. Als altem Reichsritter ist ihm ihr Souveränitätsdünkel ein Frevel am alten Reichsrecht, als Staatsmann die bürokratische Willkürherrschaft, der „Sultanismus“ dieser „gekrönten Häuptlinge“ ein Frevel an der sittlichen Natur des Staats, als nationalgesinntem Deutschen ihre knechtische Abhängigkeit von Napoleon ein Verrat am Deutschtum, ihr Anspruch auf Selbständigkeit ein Verbrechen an der Zukunft des deutschen Volkes. In dem schon erwähnten Brief an den Fürsten von Nassau erhob er zum ersten Male öffentlich die Anklage gegen die deutschen Regenten, daß sie sich der Teilnahme am Kampfe gegen das angreifende revolutionäre Frankreich entzogen „und die Erhaltung ihrer hinfälligen Fortdauer durch Auswanderung, Unterhandeln oder Bestechung der französischen Heerführer gesucht“ hätten. Man kennt die Worte, die er 1812 an der kaiserlichen Tafel zu Petersburg der Kaiserin-Mutter, einer württembergischen Prinzessin, die eine abfällige Äußerung über das deutsche Volk gethan hatte, ins Gesicht schleuderte: „Ew. Majestät haben sehr unrecht solches hier auszusprechen, und zwar über ein so großes, treues, tapferes Volk, welchem anzugehören Sie das Glück haben. Sie hätten sagen sollen: nicht des deutschen Volkes schäme ich mich, sondern meiner Brüder, Vettern und Genossen, der deutschen Fürsten“. Als dann der Befreiungskampf begann, als die Heere der Verbündeten Boden gewannen, schien ihm

der Augenblick gekommen, um einem Teil der Rheinbundstaaten die politische Existenz überhaupt zu nehmen, die Selbständigkeit der andren möglichst zu beschränken. Er verlangte rücksichtslose Anwendung des Eroberungsrechts. Sein Ziel war einzig die Größe und innere Kraft des deutschen Vaterlandes; die Dynastien waren ihm, schreibt er, in jenem Augenblick großer Entwicklung völlig gleichgiltig. „Der allgemeine Unwille hat die Bande, die den Unterthanen an den Fürsten knüpften, gelöst“. Aber überhaupt ist ihm die Kleinstaaterei unsittlich: sie giebt der Bevölkerung nicht nur einen kleinlichen, vom Interesse des Vaterlandes abgewendeten Blick; sie vernichtet auch das Gefühl persönlicher Würde, und — so fährt er fort — „der Deutsche wird fortschreitend schlechter, kriechender, unedler werden, wenn die gegenwärtige Zerstückelung durch einen zukünftigen Friedensschluss befestigt wird“. Es war vor allem Österreichs Einfluß und Metternichs Politik, welche seinen zentralistischen Plänen einen Riegel vorschob. Als Vorsitzender des Zentralverwaltungsrats, den die Mächte zur Verwaltung der eroberten, augenblicklich herrenlosen Gebiete einsetzten, hat Stein Gelegenheit gehabt, der „Sündflut von Fürsten und Souveränen“, die nach der Leipziger Schlacht in Frankfurt den verbündeten Monarchen ihre Aufwartung machten, seine Mißsachtung zu bezeugen. Einen unmittelbaren Einfluß aber auf die zukünftige Gestaltung Deutschlands hat er, der keines Staates Minister, nur der Freund Alexanders von Rußland war, nicht gehabt. Bismarck ist es beschieden gewesen das Programm Steins durchzuführen, aber in seiner Weise, in einer wundervollen Vereinigung von entschlossener Kraft und maßvoller Versöhnlichkeit. In der That hat 1866 ein Teil der deutschen Mittelstaaten seine politische Existenz eingebüßt. Aber ein Unitarier, so sagte Bismarck selbst 1893 zu den Thüringern in Friedrichsruh, ist er nie gewesen. Er wandte auch auf diese Frage den Grundsatz an, dem er im allgemeinen huldigte: „den Grad von Freiheitsentwicklung zu gewähren, der mit der Sicherheit des Ganzen nur irgend verträglich ist“. „Der Deutsche hängt an seinen Dynastien; die Dynastien, die wir haben, müssen wir nicht bekämpfen, sondern pflegen“. Man weiß, wie er im Hauptquartier von Versailles erklärte: „Wir wollen kein verstimmtes, wir wollen ein freiwilliges Bayern;“ wie er den unitarischen Neigungen besonders des Kronprinzen entgegentrat, der damals die entstehende Reichsverfassung als „ein kunstvoll gefertigtes Chaos“ bezeichnete. Man weiß auch, daß diese Maßigung Früchte getragen hat. „Mein Vertrauen, daß unsere Einheit auch in Zukunft gesichert sei,“ sagte der Kanzler 1882 im Reichstage, „beruht heutzutage auf den Dynastien.“

Ich führe den Leser noch einmal in die Anfänge Steins und Bismarcks zurück. Sie traten beide in die Verwaltungslaufbahn ein; aber Bismarck blieb nicht lange dabei; er wollte, so sagt er wenigstens selbst, „nicht so ledern werden wie seine Vorgesetzten.“ Auch Stein mußte, wie erwähnt, 1785 um einer diplomatischen Aufgabe willen seine Beamtenthätigkeit unterbrechen. Nachher sind ihm unter Friedrich Wilhelm II. zweimal Gesandtschaftsposten angeboten worden, der eine im Haag, der andere in Petersburg. Aber er lehnte ab. Er war der Diplomatie, wie er es in seiner Selbstbiographie ausspricht, abgeneigt: als Gründe führt er an die mit ihr notwendig verbundenen Intriguen, „den Wechsel von Müßiggang und einer schlaue berechnenden Geschäftsthätigkeit, die Notwendigkeit in der großen Welt zu leben, mit allen ihren Kleinlichkeiten und Langerweile sich zu befassen, endlich seinen Hang zur Unabhängigkeit und seine Offenheit und Reizbarkeit.“ In der That liegt hier nicht seine Stärke. Ich wies schon vorher darauf hin, daß sein Eifer für die nationale Einigung Deutschlands ihn zuletzt zu ganz undurchführbaren Vorschlägen verleitete. Ich erwähne außerdem sein Verhalten in der polnischen Frage. Im Februar 1813 drang er auf möglichst schnellen Abschluß des preussisch-russischen Bündnisses und auf Vertagung der Verhandlung über das Schicksal des Großherzogtums Warschau; er sah damals nicht ein, daß dies einen bedeutsamen diplomatischen Sieg Rußlands bedeutete, dessen Folgen er auf dem Wiener Kongreß zu spät bekämpfte. Der Grund liegt einmal in der leidenschaftlichen Ungeduld eines willens-

kräftigen Charakters; seine Reizbarkeit, seine Art mit der rücksichtslosen Kraft sittlicher Leidenschaft in die Dinge einzugreifen machten ihn nicht immer geeignet für die feinen Wege diplomatischer Verhandlungen. Aber es kommt etwas anderes hinzu. Es ist gewiss, kein Staatsmann seiner Zeit hat so energisch die den Deutschen überhaupt, zumal den Deutschen des ausgehenden achtzehnten Jahrhunderts anhaftende Neigung zum thatenlosen Grübeln, zur philosophischen Konstruktion bekämpft und zur That aufgefordert, zur sittlichen That. Dennoch kann auch dieser Gegner philosophischer Spekulation den Sohn des philosophischen Jahrhunderts nicht verleugnen. Es macht einen großen Teil seiner Größe aus, daß er alles unter dem Zeichen der sittlichen Idee erblickt; als ihr gewaltiger Hoherpriester steht er vor uns, als ein machtvoller Erwecker der Geister; er läßt sich den Blick auf den idealen Kern der Dinge nie durch Rücksichten auf Nebenumstände trüben, aber er schreitet auch oft genug über das, was nebensächlich erscheint und doch bedeutungsvoll ist, über die reale Praxis hinweg. So ist es zu erklären, daß Stein in späteren Zeiten, wenn sich ihm die praktischen Konsequenzen aufdrängen, zuweilen mit sich selbst in Widerspruch zu geraten scheint, während Bismarcks Ansichten, sieht man von der Junkerzeit ab, in einer beachtenswerten Geschlossenheit uns entgegentreten.

Auch Bismarck spricht sich oft genug verächtlich aus über die verbrauchten Mittel der gewöhnlichen Diplomaten, z. B. über „die auf veralteten Überlieferungen beruhende Theorie des Lügens in der Diplomatie;“ er, der von sich selbst gesagt hat, er habe auch als Diplomat das Lügen nicht gelernt. Aber wenn die Größe Steins, des politischen Reformators, auf dem Gebiete der inneren Verwaltung liegt, so sind für Bismarck die auswärtigen Angelegenheiten der Ausgangspunkt geworden. „Mir sind die auswärtigen Angelegenheiten an sich Zweck und stehen mir höher als die übrigen,“ erklärt er 1866 im preussischen Abgeordnetenhaus und fügt begründend hinzu: „In der auswärtigen Politik giebt es Momente, die nicht wiederkommen.“ Mit der sittlich-religiösen Kraft eines in sich gefesteten Charakters, mit der Hochschätzung der sittlichen Idee, der Beurteilung der Dinge und Personen nach ihrem sittlichen Wert, ohne die er uns nicht der Größe wäre, verbindet er ein tiefes Verständnis für die Realitäten des Lebens, eine überlegene, immer neue Gestalten annehmende Fähigkeit sie zu benutzen und zu regieren. Dort Aias; hier Odysseus, über dem die Wellen der Ereignisse nie zusammenschlagen, der mit souveräner Ruhe, mit überlegener Ironie die jeder Situation entsprechende Lösung findet, der im Sturme leidenschaftlicher Erregung, im Drange der Gefahr nie die kühle Klarheit des Denkens verliert. Ja, mit fast erbarmungsloser Logik zieht er aus den politischen Verhältnissen die Konsequenzen; seine Pflicht seinem Lande zu dienen vor Augen, nutzt er die Vorteile der Lage bis an die Grenzen des Erlaubten aus, aber ohne sie zu überschreiten. Im Mai 1866 knüpft er mit Österreich Verhandlungen über einen Vertrag an, der, wenn er zustande gekommen wäre, Italien, mit dem er sich eben verbunden hatte, preisgegeben hätte; aber in der That hätte er damit den mit Italien geschlossenen Bundesvertrag nicht verletzt. Er schließt das Bündnis mit Österreich; aber nichts kann ihn bewegen, über die im Vertrage gezogenen Linien hinauszugehen und sich gegen das deutsche Interesse in die orientalischen Wirren hineinziehen zu lassen; ja, das österreichische Bündnis hindert ihn nicht, wie ihn denn der Wortlaut des Vertrags nicht hindern kann, mit Rußland einen „Rückversicherungsvertrag“ einzugehen. Eine Politik, die zuweilen dämonisch erscheinen kann, und die doch durchleuchtet ist von dem echt menschlichen Glanze unbedingt patriotischen Pflichtbewußtseins.

So verschieden die Stellung beider Männer zur Diplomatie ist, so sehr nähern sich ihre Ansichten in wichtigen Punkten der inneren Politik: zunächst in dem grundsätzlichen Kampfe gegen den Formalismus der Bürokratie und in der Hochschätzung der Selbstverwaltung. Stein, einer der trefflichsten Verwaltungsbeamten, die Preußen gehabt hat, wenn auch, wie Vincke sagt, „vielleicht noch mehr zum Minister als zum Präsidenten geeignet,“ hat sich

immer glücklich gepriesen, daß er seine Beamtenlaufbahn im Bergfach begann, „einem auf die Natur und die Menschen sich beziehenden Geschäfte, das den Körper stärkte, den praktischen Geschäftssinn belebte und ihn das Nichtige des toten Buchstabens und der Papierthätigkeit kennen lehrte.“ „In die aus besoldeten Beamten bestehenden Landes-Kollegia drängt sich leicht und gewöhnlich ein Mietlingsgeist ein,“ schreibt er in der Nassauer Denkschrift; und über diesen in der Beamtenschaft herrschenden Mietlingsgeist wird er nicht müde zu klagen; „mit Abarbeiten der Nummern ist es nicht geschehen.“ Die Erfahrungen von 1806 hatten nicht dazu beitragen können, seine Meinung von dem Beamtenstande zu bessern. „Am gemeinsten denken die öffentlichen Beamten,“ schreibt er 1809, als er die österreichische Regierung für den Plan einer norddeutschen Erhebung zu gewinnen sucht. Seine Abneigung hat er bis an sein Lebensende oft ausgesprochen. „Das zahllose Beamtenheer ist eine wahre Peitsche Gottes für Deutschland.“ Die Beamten sind die wahren Widersacher ständischer Verfassungen, da sie „ihr geheimnisvolles Schreiberwerk fortzutreiben wünschen.“ Er kennzeichnet die Beamtenregierung durch die Worte: „Besoldet, alle streben nach Erlangen und Vermehren der Besoldungen; buchgelehrt, also lebend in der Buchstabenwelt oder der Empirie der Akten; interessenlos, denn sie stehen mit keiner den Staat ausmachenden Bürgerklasse in Verbindung, sie bilden eine Kaste für sich, eine Schreiberkaste; eigentumslos, also alle Bewegungen des Eigentums treffen sie nicht, es regne oder scheine die Sonne, die Abgaben steigen oder fallen u. s. w.;“ er spricht auch wohl von dem „demokratischen Geist, der die Beamtenwelt beherrscht.“ Es war neben seinen persönlichen Erfahrungen der in ihm wohnende Geist der Selbständigkeit, der sich in diesen Anschauungen aussprach, die aristokratische Abneigung des Reichsfreiherrn gegen Bevormundung, das Bewußtsein des mit seiner Landschaft verwachsenen Gutsherrn, ihre Bedürfnisse besser und tiefer zu verstehen als der Beamte, der aus der Fremde komme, eine vorwiegend gelehrte Vorbildung genossen habe und die Systemsucht nicht los werde. Es schien ihm unpraktisch, die Kenntnisse und das Interesse des Eigentümers, der „nicht in Formen und Papier lebt, sondern kräftig handelt, weil ihn seine Verhältnisse in das wirkliche Leben hinrufen,“ nicht zu verwenden und anstatt dessen eine kostbare Bürokratie einzurichten. Vor allem aber war es der Gedanke einer sittlichen Erziehung der Nation, der ihn erfüllte; der Gedanke, die Staatsbürger, wie es in der Nassauer Denkschrift heißt, „durch Überzeugung, Teilnahme und Mitwirkung bei den Staatsangelegenheiten an den Staat zu knüpfen; den Kräften der Nation eine freie Thätigkeit und eine Richtung auf das Gemeinnützigste zu geben; sie vom müßigen, sinnlichen Genuß oder von leeren Hirngespinnsten der Metaphysik oder von Verfolgung bloß eigennütziger Zwecke abzulenken.“ „Die Bürokratie wird dadurch hauptsächlich verderblich,“ schreibt er 1822 dem Kronprinzen, „daß sie den Gemeingeist lähmt, der nur durch unmittelbare Teilnahme am öffentlichen Leben sich bildet, zunächst aus der Liebe zur Genossenschaft, zur Gemeinde, zur Provinz entspringt und sich stufenweise zur Vaterlandsliebe erhebt.“ Aus solchen Gedanken einer „Autonomie der Interessenten,“ wie sie Stein einmal mit einem glücklichen Ausdruck bezeichnet, ist die Städteordnung geboren, die im November 1808 die königliche Genehmigung erhielt, und deren Grundzüge trotz zweimaliger Revision auch heute fortbestehen. So war es ein Standesgenosse der Sickingen und Hutten, der die Organisation gefunden hat, welche dem mächtigen Aufblühen unserer Städte in diesem Jahrhundert allein entspricht; es sind Gedanken mittelalterlicher Selbstverwaltung und Selbstherrlichkeit, die, neuen Verhältnissenangepaßt, durch diesen Sproß reichsritterlicher Ahnen neues Leben gewonnen haben.

Auch von Bismarck haben wir genug abfällige Urteile über die Bürokratie; sie begleiten seine gesamte staatsmännische Thätigkeit. In den starken Ausfällen seiner ersten politischen Jahre gegen „geheimrätliche Allgewalt und dünkelfhafte Professorenweisheit vom grünen Tisch“ ist der Geist des Parteimannes nicht zu verkennen, dem „die liberalisierende

Tendenz“ des damaligen Beamtentums verhaft ist, ja der die Bürokratie als „vom Krebs republikanisch-heidnischer Bildung angefressen“, als „die individuelle Trägerin des revolutionären Prinzips überhaupt“ betrachtet; zugleich der Geist des Edelmanns voll Selbstbewusstseins und Freiheitsgefühls, der soweit geht, „die Haltlosigkeit der Zustände sämtlicher Staaten des europäischen Festlandes in ihrem Keim auf die Zeit zurückzuführen, wo die überwiegende Fürstengewalt den unabhängigen Adel unterdrückte, eine Richtung, welche sich in Preußen in dem Ausspruch Friedrich Wilhelms I. verkörperte: ich etabliere die Souveränität comme un rocher de bronze.“ Aber auch als Minister, als er nicht mehr „der scheußliche Junker“ von ehemals war, hat er sich mehrfach über den Widerstand ausgelassen, den er von der Bürokratie erfahre; über das, was Stein als *esprit à système* verurteilt haben würde, was Bismarck einmal seinem leiblichen Rheumatismus als „geheimrätlichen Rheumatismus“ zur Seite stellt, für den bisher das richtige Senfpflaster fehle, über die Neigung zur Doktrin. Er klagt darüber, daß seine Beamten „keine schöpferischen Ideen hätten,“ „sich in ausgefahrenen Geleisen bewegten;“ über ihre „Neigung zum Zuvielregieren.“ Unumwunden und öffentlich hat er seinen Besorgnissen vor einer übermäßigen Entwicklung der Bürokratie nach seiner Amtsentlassung Ausdruck gegeben. „Meine Befürchtung und Sorge ist die, daß das nationale Bewußtsein erstickt wird in den Umschlingungen der *Boa constrictor* der Bürokratie, die in den letzten Jahren reisende Fortschritte gemacht hat,“ sagt er den ihn begrüßenden Lippern und erinnert sie daran, daß der Sieg im Teutoburger Walde auch eine Befreiung von „den römischen Bürokraten“ bedeutet habe. Und wenn er die Forderung aufstellt, man sollte, anstatt die hohen Beamten mit Gehalt auszustatten, lieber „jedem Staatsminister eine Domäne geben, von deren Ertrag er zu leben habe, oder ihn an einer Industrie beteiligen, deren Erträge sein Einkommen bilden,“ damit er selbst fühle, wo das Volk „der Schuh drückt,“ so spricht er damit dasselbe aus wie Stein: daß es darauf ankomme, das Beamtentum in möglichst engen Zusammenhang mit dem realen Volksleben zu setzen.

Wie Stein, so ist auch Bismarck ein Freund und Förderer der Selbstverwaltung; er hatte ja als Deichhauptmann mitten in ihr gestanden. Um das Zustandekommen der Kreisordnung hatte er die allergrößten Verdienste, indem er nach Gneists Zeugnis „anfangs gegen das Staatsministerium den neuen Reformplan in Gang brachte,“ einen „genialen Staatsmann,“ den Grafen Eulenburg, zur Unterstützung wählte, „in den Zwischenstadien der Beratung in geduldiger Ausdauer zahlreiche Kompromisse durch seinen maßgebenden persönlichen Einfluß zustande brachte“ und schließlich „den Widerspruch des Herrenhauses in raschem Entschluß beseitigte.“ Was ihm die Selbstverwaltung empfahl, waren einerseits, wie für Stein, praktische Rücksichten. Er kann es nicht billigen, daß „über jeden Zaun und über jede Brückenbohle durch fünf Instanzen bis nach der Hauptstadt gegangen wird, sodas schließlich die beiden äußersten Pole, der Bezirksgendarm und die geheimrätlichen Kreise des Ministeriums, die eigentlich Entscheidenden in jeder speziellen Sache sind.“ Aber wenn er „eine größere Dezentralisation in der Verwaltung anzubahnen,“ „provinzielle und lokale Selbständigkeit zu schaffen“ sucht, so sind für ihn neben den praktischen auch sittliche Rücksichten maßgebend. Und zwar ist es nicht so sehr der sozialerziehliche Standpunkt Steins, von dem er ausgeht, sondern die Wertschätzung der freien Persönlichkeit. Über die Schonung des persönlichen Selbständigkeitsgefühls, wie es dem Germanen besonders im Blute liegt, haben wir von ihm bezeichnende Aussprüche. 1849 preist er im Gegensatz zur französischen Gleichheit, „der chimärischen Tochter des Neides und der Habsucht,“ die englische Freiheit: „sie wird getragen durch das männliche Selbstbewußtsein, welches seinen eigenen Wert stolz genug fühlt, um eine höhere Stellung über sich dulden zu können.“ „Zentralisation“, erklärt er 20 Jahre später, „ist mehr oder weniger eine Gewaltthat;“ und er findet Worte des Verständnisses auch für den Partikularismus des Deutschen, der „sich nur in einem kleineren Gebiete völlig behaglich fühlt,“ weshalb man nicht wohlthut, „ihm von seinem häuslichen Behagen mehr zu nehmen,

als absolut zum Zusammenhalten des Ganzen, als zur Wirkung nach außen erforderlich ist“. Andere Völker sind eben „fügsamer, gehen besser ins Dutzend“. Der Staatsmann soll immer den bereits angeführten Grundsatz im Auge behalten, daß „der höchste Grad von Freiheit des Volkes, des Individuums zu erstreben ist, der mit der Sicherheit und gemeinsamen Wohlfahrt des Staates verträglich ist“.

Damit bin ich bei der Stellung angelangt, die beide Männer dem Gedanken einer Volksvertretung gegenüber einnahmen. Als Stein Preußen 1808 verließ, war es der Gedanke der Schöpfung preussischer Reichsstände, den er seinen Nachfolgern besonders anempfahl; als es sich 1814 und 1815 um die Neuordnung Deutschlands handelte, hat er vor allen die Forderung erhoben, daß in den deutschen Mittelstaaten Verfassungen gewährt und Volksvertretungen geschaffen würden; daß man den dreizehnten Artikel der Bundesakte, welcher landständische Verfassungen verhieß, „durch Sophismen in Täuschungen zu verwandeln suchte“, hat er oft mit starken Worten gemißbilligt. „Hat Frankreich und Polen eine Verfassung“, ruft er aus, „und Deutschland soll keine haben?“ Gerade für Preußen erschien ihm „die Bildung einer Staatsverfassung als eine ohnerläßliche Bedingung seiner Erhaltung und Entwicklung“, weil ihm geographische Einheit, Volkseinheit, Religionseinheit fehle; diesen Mängeln kann nur durch Bildung eines Vereinigungspunktes für alle diese fremdartigen Teile abgeholfen werden, einer Nationalanstalt, wo alle zusammentreten und über die gemeinschaftlichen Angelegenheiten sich beraten“. Auch der Volkscharakter schien ihm jetzt — und hier spricht sich eine Milderung seines Urteils aus, die sich vornehmlich von den Erfahrungen der Befreiungskriege herschrieb — deshalb die Schöpfung von Reichsständen zu empfehlen, weil man einen Mißbrauch dieses Geschenks nicht zu befürchten habe: „die Bewohner dieses Landes sind“, schrieb er 1819 an Humboldt, „verständige, geschäftsfähige, durch ein vorhergegangenes geschichtliches Leben geprüfte, treue, tapfere, fromme und besonnene Menschen“.

Von wesentlichster Bedeutung ist aber nun die Art, wie Stein sich die preussischen Reichsstände von Anfang an verwirklicht gedacht hat. Wie in allen großen Reformatoren, so ist auch in Stein kühnster Neuerungsgeist und konservativster Sinn in unauflöslicher Weise verbunden. Er, der eine tiefgehende Reform des Adels für nötig hielt, der 1808 dem König vorschlug für die Dauer der geplanten Erhebung den Adel aufzuheben und nachher nur deren Adel anzuerkennen, die sich im Kriege ausgezeichnet hätten, hat doch an der Notwendigkeit einer politischen Sonderstellung des Adels immer festgehalten. Er, der gegen die schroffe Scheidung der Stände, wie sie dem bisherigen Staatswesen zu Grunde lag, durch das Edikt vom 9. Oktober 1807 den stärksten Streich geführt hatte, blieb doch immer von der Notwendigkeit einer ständischen Gliederung der Nation überzeugt. Die natürlichen Gruppen des Volkes müssen erhalten bleiben; „die Stände müssen neben einander stehen, nicht durch einander gemengt“. Demnach ist ihm die Abgrenzung von Wahlbezirken nach der Kopfzahl, ein Wahlsystem wie unser heutiges, das nur mit Individuen, nicht mit den sozialen Gruppen rechnet, von Grund aus zuwider; er verlangt eine „Repräsentation nach Ständen, nicht die arithmetische Zerstückelung einer in einen großen Teig, in eine chymische Flüssigkeit atomenweise aufgelösten Nation“. Bereits als Minister hatte er sich über eine Vertretung des Volkes nach Berufen Vorschläge machen lassen und u. a. darauf besonderen Wert gelegt, daß „die Stellvertreter der Stände aus ihrer Mitte entnommen werden, damit sich nicht Advokaten, Pamphletisten und Schreier in die Versammlung eindrängen“. Man darf nun darauf aufmerksam machen, daß zunächst dieser letztere Gesichtspunkt auch für Bismarck große Bedeutung hat; er spricht einmal von der Gefahr, „daß die Volksvertretung nur eine neue Species, oder ich will lieber sagen Gattung der Bürokratie werden, daß wir, wie wir erbliche Beamtenfamilien haben, so auch erbliche Parlamentarierfamilien“ haben würden. So hat er 1895 in Ausdrücken, die an oben erwähnte Worte Steins erinnern, dem Bunde der Landwirte empfohlen, Leute zu wählen, die „denselben Regen fühlen, unter dem wir naß

werden, und sich über denselben Sonnenschein freuen, unter dem unser Korn gedeiht“. Aber auch dem Gedanken einer Berufsvertretung hat Bismarck nicht fern gestanden.¹⁾ 1851 spricht er von einer „Abspiegelung des Volkes nach seiner lebendigen Gliederung und seinen praktischen Bedürfnissen“. 1895 wiederum erklärt er den Vertretern der Innungen, er habe früher geglaubt, daß man die Wahlgesetzgebung in Preußen sowohl wie im deutschen Reiche auf dergleichen Berufsgenossenschaften begründen könnte, daß jede Berufsgenossenschaft ihrerseits das Recht habe, sich durch selbständige Abgeordnete vertreten zu lassen“. Daß Bismarck solche Gedanken, wenn sie ihn je stärker bewegt haben, zurücktreten ließ und für den Reichstag des norddeutschen Bundes das allgemeine Wahlrecht vorschlug, liegt einmal in der geschichtlichen Entwicklung begründet — denn als er das Bündnis mit dem deutschen Bürgertum zum Kampfe suchte, konnte er ihm kein anderes Wahlrecht bieten, als dieses, das er als „Erbteil der Entwicklung der deutschen Einheitsbestrebungen“ vorfand; andererseits in der Ansicht, daß die Masse des preussischen Volkes monarchisch gesinnt sei und „nur durch den künstlichen Mechanismus der Wahl um den Ausdruck ihrer Meinung gebracht werde“. In diesem, durch die historische Entwicklung freilich nicht gerechtfertigten Vertrauen auf den ruhigen, königstreuen Sinn der Bevölkerung berührt er sich wiederum auf das engste mit Stein; er hatte ihm schon 1858 in lapidaren Worten Ausdruck gegeben: „Die Sicherheit, daß Se. Majestät der König von Preußen auch dann noch Herr im Lande bleibe, wenn das gesamte stehende Heer aus demselben herausgezogen würde, teilt kein anderer kontinentaler Staat mit Preußen; auf ihr aber beruht die Möglichkeit, einer den Anforderungen der heutigen Zeit zusagenden Entwicklung des öffentlichen Lebens näher zu treten, als es andere Staaten können. Der Grad politischer Freiheit, welcher zulässig ist, ohne die Autorität der Regierung zu beeinträchtigen, ist in Preußen ein viel höherer als im übrigen Deutschland“.

Stein wollte „den Eigentümern“, dem dritten Stand, der durch die Einrichtungen des absoluten Staates der politischen Thätigkeit entfremdet war, einen Zugang zum Staat eröffnen; Bismarck hat durch das allgemeine Wahlrecht den vierten Stand zur politischen Arbeit herangezogen. Stein hat zu einer Zeit, als das Bürgertum ohnmächtig war, ihm einen Anteil an der Gewalt verschaffen wollen; Bismarck hat zu einer Zeit, als das Bürgertum alles zu sein glaubte, ihm die ererbte und notwendige Bedeutung des preussischen Königtums zum Bewußtsein gebracht. Von Stein haben wir gelernt, daß der Staat nicht bestehen kann, wenn er sich nicht stützt auf den Gemeingeist seiner Bürger; Bismarck verdanken wir ein anderes Hauptstück unseres politischen Katechismus, daß unser Staatswesen einer starken monarchischen Centralgewalt bedarf. Bismarck hat sich öfter so entschieden wie möglich zum Verfassungsstaat bekannt; er hat 1892 erklärt, er wünsche „ein starkes Parlament als Brennpunkt des nationalen Einheitsgefühls“; er hat es oft und gerade in Zeiten schwerer parlamentarischer Kämpfe ausgesprochen, daß er in keiner Weise für eine absolutistische Regierung sei, die er vielmehr für „die unglücklichste aller Staatsformen halte“; er erklärt „eine richtig geübte parlamentarische Mitwirkung für notwendig und nützlich“, — aber auch „eine parlamentarische Herrschaft für schädlich und unmöglich“. Jener Konflikt der Sechziger Jahre hat die große historische Bedeutung, daß das preussische Königtum, um ein Bismarcksches Bild aus dem Jahre 1849 zu gebrauchen, nicht, wie das englische, „ein zierlicher Kuppelschmuck des Staatsgebäudes“ geworden, sondern „ein tragender Pfeiler“ geblieben ist. Man muß sich dessen bewußt bleiben, daß hierauf unsere nationale Entwicklung in den letzten Jahrzehnten beruht. Was wäre wohl aus Preußen und Deutschland geworden, wenn an jenem 20. September, als Bismarck vor Antritt seines Ministeriums mit König Wilhelm zu Babelsberg die entscheidende

¹⁾ Rosin, Grundzüge einer allgemeinen Staatslehre nach den politischen Reden und Schriftstücken des Fürsten Bismarck. 1898.

Unterredung hatte, der König die bereits vollzogene Abdankungsurkunde nicht wieder auf Bismarcks Zuspruch vernichtet hätte!

Es war neben der Vasallentreue zu der angestammten Dynastie, die Bismarck als preussischer Edelmann empfand, die Überzeugung von der Notwendigkeit einer starken und einheitlichen Staatsgewalt, die ihn in seinem zähen und siegreichen Kampfe gegen ein parlamentarisches Regiment leitete. Seiner Vasallentreue hat er oft in ergreifender Weise Ausdruck gegeben; „*vexilla regis prodeunt*“, schreibt er im November 1873, leidend und doch entschlossen, an Roon, „und ich will, krank oder gesund, die Fahne meines Lehnsherrn halten“. Dabei war er keineswegs ein Anhänger der legitimistischen Doktrin: gegen alle anderen Fürsten fühlte er „in keinem Blutstropfen eine Spur von Verbindlichkeit, den Finger für sie aufzuheben“. Die Anhänglichkeit gegen den preussischen Monarchen konnte Stein, bei aller Hochachtung für dessen persönliche Tugenden, nicht in dem Maße wie Bismarck empfinden, nachdem er, der alte Reichsritter, seit seinem Sturze sieben Jahre hindurch nationaldeutsche, nicht preussische Politik getrieben hatte. Aber in dem Kampfe für Staatseinheit berühren sie sich auf das engste; in dem Kampfe gegen unverantwortliche Einflüsse, wie ihn Stein gegenüber dem königlichen Kabinet zu führen hatte, und wie er auch Bismarck nicht erspart geblieben ist; und in dem Streben nach einheitlicher Organisation der Staatsverwaltung. In diesem Sinne, „die möglichste Einheit und Kraft in der obersten Leitung der ganzen Staatsverwaltung zu vereinigen“, hat Stein die Pläne entworfen für den nach der Katastrophe von Jena neu erstehenden preussischen Staat; in diesem Sinne hat Bismarck die Reichsverfassung geschaffen. In der Art der Ausführung ist freilich ein Unterschied nicht zu verkennen. Stein schlug die Bildung eines kollegialisch organisierten Staatsrats vor, der „unter dem überwiegenden Einfluß eines Präsidenten stehe“; er riet, von der Übergangszeit abgesehen, davon ab, die oberste Leitung des Staates einem ersten Minister anzuvertrauen; es sei „eine Folge der Beschränktheit menschlicher Kräfte, daß die Fehler des Individuums einen zu überwiegenden Einfluss auf die Geschäfte erhalten; die kollegialische Behandlung sichert einen stäteren Gang, der frei von Übereilungen ist, und bewirkt eine größere Mannigfaltigkeit in den Ansichten“. Heute liegen die Verhältnisse etwas anders. Die Verhandlungen des Parlaments können — darauf macht Delbrück an einer Stelle seiner historischen und politischen Aufsätze aufmerksam — in gewisser Weise die Beratungen von Beamtenkollegien ersetzen, während der Parlamentarismus andererseits den Bestand einer in sich geschlossenen Regierung als Gegengewicht fordert. Zumal im Reiche, wo das Verhältnis zu den Bundesstaaten hinzutritt, kam es Bismarck auf möglichst einheitliche Organisation der Verwaltung an; so ist das Reichskanzleramt sein eigenstes Werk. Aber auch im Hinblick auf Preußen hat er erklärt, daß er „eine kollegialische Ministerialverfassung für einen staatsrechtlichen Mißgriff und Fehler halte“, und daß seiner Meinung nach „Preußen einen immensen Fortschritt machen würde, wenn es nur einen einzigen verantwortlichen Minister hätte“. Drastisch äußert er einmal, daß er, „wenn er eine Prise Tabak nehmen wolle, erst sieben preussische Minister um Rat fragen müsse“, und sehnt sich nach der Machtstellung des englischen Premierministers, der nicht, wie der preussische Ministerpräsident, „nur ein ornamentales Glied“ ist. Über allem andern aber stand beiden die Überzeugung von der Bedeutung des Staates als eines sittlichen Organismus. Sie waren beide weit entfernt von der Staatsauffassung des Fürsten Metternich, dem der Staat ein seelenloser Mechanismus, nicht Mittel zum Zweck der leiblichen und geistigen Wohlfahrt des Volkes, sondern Selbstzweck war; sie waren ebenso weit entfernt von der Auffassung der extremen Individualisten, denen der Staat in nicht minder seelenloser Auffassung ein notwendiges Übel ist. „Mir ist der Staat“, so schreibt Stein einmal an Kunth, „kein Verein zur Hervorbringung und Verarbeitung roher Produkte, keine landwirtschaftliche und Fabrikenverbindung, sondern sein Zweck ist religiöse, moralische, geistige und körperliche Entwicklung“. Fürst Bismarck stellt dem Staat die Aufgabe der Übung „praktischen Christentums“, d. h. der Bethätigung

unserer christlichen Sittenlehre auf dem Gebiete der Nächstenliebe". Stein verkündete seinem Zeitalter mit den mahnenden Worten eines Propheten die sozialen Pflichten des Individuums. Bismarck hat die Wucht einer großen Persönlichkeit dafür eingesetzt, die sozialen Pflichten des Staates uns ins Bewußtsein zu graben. So sind sie beide Bannerträger des sittlichen Staatsgedankens.

Stein und Bismarck sind, um nach dem Politischen noch etwas von dem Persönlichen zu sagen, beide Männer der That und nicht des Grübelns. Sie sind beide Kampfnaturen; auch auf Stein hätte die Devise gepaßt, die als Inschrift einen Bismarck 1863 überreichten Ehrendegen zierte:

Das Wegekraut sollst stehen la'n,
Hüt' Dich, Junge, 's sind Nesseln dran!

Sie sind beide Männer von ungeheurer Kraft des Willens, von einer Reizbarkeit, die sich zuweilen in gewaltigen Entladungen Luft macht, zugleich aber von einer Opferfreudigkeit, die ihr ganzes Sein unbedingt in den Dienst des großen Ganzen stellt. Bei beiden ist das Pflichtgefühl eng verbunden mit einer tieferen religiösen Weltauffassung, wenn sie auch bei Stein dogmatischer gefärbt ist als bei Bismarck. „Ich weiß nicht, wo ich mein Pflichtgefühl hernehmen soll, wenn nicht aus Gott!“ sagt Bismarck während des Feldzuges 1870; er, der damals wie heute vor dem Schlafengehen in den täglichen Losungen der Brüdergemeinde zu lesen pflegt und 1851 in einem schönen Brief an seine Gemahlin, auf frühere Zeiten zurückblickend, die Worte schreibt: „Möchte es Gott gefallen, mit seinem klaren und starken Weine dies Gefäß zu füllen, in dem damals der Champagner einundzwanzigjähriger Jugend nutzlos verbrannte und schale Neigen zurückließ“. Und Stein? Als er in der Kälte des Januar 1809 als Geächteter über die österreichische Grenze fährt, erinnert er sich an Schleiermachers kürzlich gehörte Predigt „über das, was der Mensch zu fürchten habe, und das, was nicht zu fürchten sei“. Als Niebuhr und Schön 1810 in bitterem Zwist mit Hardenberg den preussischen Dienst verlassen wollen, verweist er sie auf Sprüche aus dem ersten Korintherbrief, z. B.: niemand soll suchen, was sein ist, sondern, was des andern ist, und besonders auf das dreizehnte Kapitel, „die schöne Stelle über die Liebe, worunter die Liebe zum leidenden Vaterlande und zum unglücklichen Könige auch begriffen ist“. Diese Männer scheuen die Verantwortung nicht. Ja sie bekämpfen die Furcht vor Verantwortung; Bismarck nennt sie einmal eine Krankheit unserer Zeit, und Steins ganze politische Thätigkeit ist im Grunde ein Aufruf an die Staatsbürger, die politische Verantwortung zu übernehmen. Aber sie empfinden sie auch tief. Wie oft erinnert Stein den Adel seiner Zeit an die Pflichten, die ihm seine Stellung auferlege! Und Bismarck hat einmal geäußert: „Ohne mich hätte es drei große Kriege nicht gegeben, wären 80000 Mann nicht umgekommen, und Eltern, Brüder, Schwestern trauerten nicht . . ., das habe ich indessen mit Gott abzumachen“. Das ergreift uns besonders, wenn wir sehen, daß den Gewaltigen unserer Nation das, was wir gern als ein besonderes Erbteil des germanischen Wesens in Anspruch nehmen, Größe und schlichte Herzlichkeit der Empfindung, nicht abgeht. Und es ist kein Zweifel, daß bei beiden Männern mit der Kraft des Handelns und der Höhe des genialen Denkens die Tiefe des Gemüts untrennbar verbunden ist. Bei Bismarck bricht sie öfter hervor als bei Stein; aber auch bei diesem leuchtet sie oft genug durch die herbe Größe, die ihm anhaftet, hindurch. Sie spricht sich aus in dem starken Natursinn, den beide besitzen. Wer kennt nicht Bismarcks Schilderungen von der Heide am Adour, von der südschwedischen Landschaft, von der Königsstadt Pest und der Pufsta! Aber wie freut sich auch der alternde Stein an den lebendigen Bächen, die von den Bergen hinabrieseln! Wie hängt er an der deutschen Landschaft, die ihm um ihrer Ströme und bewaldeten Berge willen mit wenigen Ausnahmen schöner erscheint als die Landschaft Italiens! Im Familienleben zeigt sich Bismarck zunächst als der herzlichere; wobei man wohl in Betracht zu ziehen hat, daß Stein einem konventionelleren Zeitalter entstammte. Zumal die Ehe

Bismarcks ist unvergleichlich inniger als die Steins. Aber auch bei diesem haben wir Zeugnisse genug von starkem Familiensinn; ich denke z. B. an jene Verse aus Schillers Glocke:

Einen Blick
Nach dem Grabe
Seiner Habe
Sendet noch der Mensch zurück ...
Er zählt die Häupter seiner Lieben,
Und sieh! ihm fehlt kein teures Haupt!

die er 1809 auf die Kehrseite des Briefes schrieb, in welchem ihm die Gattin ihre und ihrer Kinder Ankunft meldete. In einem besonders zarten Verhältnis standen beide zu einer Schwester, wie viele Briefe bezeugen. Eine wundervolle Gabe freilich hat die Natur Bismarck in die Wiege gelegt, die sie Stein versagte, den aus der Tiefe des Gemüts herausgeborenen Humor. Stein zeigt oft einen beissenden Witz; aber die launige Betrachtung der Dinge geht ihm ab. Was für leidenschaftlich bittere Worte findet er oft für matte, unentschlossene Staatsmänner! Bismarck redet in einem solchen Falle wohl von der halben Flasche Sekt, die, wenn es nach ihm ginge, jeder Minister im Leibe haben müsse, ehe er in das Conseil seiner Majestät käme.

Beider Männer Stil, um auch davon zu sprechen, ist unbedingt sachlich, von äußerster Klarheit, ohne alle Phrase, der Ausdruck immer höchst treffend; beide sind Meister der Charakteristik, Meister der scharfen Pointen. Aber Steins Stil ist knapp, zusammengedrängt, oft von einer erhabenen Grofsartigkeit, die durch eine gewisse altertümliche Färbung des Ausdrucks unterstützt wird. Wie Keulenschläge folgt oft ein scharfgefaßtes Urteil auf das andere. Metaphern sind selten; braucht er einmal ein Bild, so wirkt es mit grofser Kraft. Bismarcks Ausdrucksweise ist behaglicher; er ist auch in seinen Reden und Briefen der grofse Plauderer, der, so sehr er sich gegen die Poeten in der Politik verwahrt, doch selbst etwas Dichterisches hat; den immer ein unerschöpflicher Reichtum von Anschauungen umspielt, welchen er in immer neu hervorsprudelnden, lebendig durchgeführten Bildern Ausdruck giebt; der mit umfassendem Gedächtnis und genialer Kombinationsgabe das Entlegenste zu vereinigen und auf einen Punkt zu beziehen weifs; dem Witz und schneidender Hohn ebenso zu Gebote stehen wie der Ausdruck des warmen, ja wehmütigen Gefühls. Was die Stellung zur Litteratur anlangt, so stimmen Stein und Bismarck darin überein, dafs sie die Geschichte lieben und ihr einen hohen bildenden Wert zuerkennen. Für Stein besonders ist die Geschichte die grofse Lehrerin; „sie erhebt uns über das Gemeine der Zeitgenossen und macht uns bekannt mit dem, was die edelsten und gröfsten Geister geleistet, und was Trägheit, Sinnlichkeit und Gemeinheit oder verkehrte Anwendung grofser Kräfte zerstört“. 1812 liest er zu Petersburg in seinen Mufsestunden Thukydides; er schreibt selbst eine Geschichte der französischen Revolution für seine Tochter; für die Monumenta Germaniae, durch deren Begründung er sich ein unvergängliches Verdienst erwarb, hat er bei Gelegenheit seiner italienischen Reise auf der vatikanischen Bibliothek selbst gearbeitet. Im übrigen ist die Verschiedenheit beider Männer nicht zu verkennen. Dafs Fürst Bismarck in universaler Weise die grofsen Schöpfungen der Weltlitteratur umfaßt und beherrscht, bezeugen die vielen Zitate und Anspielungen, die sich in seinen Reden finden. Davon kann man bei Stein nicht reden. Immerhin würde man sich doch ein falsches Bild von ihm machen, wenn man der Schilderung Schöns glauben wollte, der ihm litterarisches Interesse überhaupt abspricht. Aus demselben Faust, den er, nachdem er ihn einen Tag behalten, mit dem Ausdruck des Mißfallens zurückgeschickt haben soll, zitiert er zweimal die Stelle von dem „Kerl, der spekuliert“; und wer kennt nicht Arndts Bericht von jener gemeinsamen Rheinreise Steins und Goethes im Sommer 1815, wo „die beiden deutschen Grofsen neben einander hergingen wie mit einer gegenseitigen Ehrfurcht“, und Stein so „ungewöhnlich sanft und mild war und den Löwen zügelte, dafs er nimmer

herausguckte“. Er zitiert, wie erwähnt, Schillers Glocke, Horaz, englische Dichter, Herder, in seinem Alter besonders gern Gleim, auch Simon Dach. Aber soviel ist sicher, daß es weniger die schöne Form war, die ihn zur Poesie hinzog, als der moralische Gehalt auf der einen, der geschichtliche auf der andern Seite.

Es war nicht die Absicht dieses Aufsatzes, die Frage zu beantworten, wer der größere von beiden ist. Steins Haupt umstrahlt die ihm eigentümliche geniale Hoheit seiner sittlichen Überzeugung, die ihn zum politischen Reformator machte; in Bismarcks Wesen tritt zur gewaltigen moralischen Kraft die geniale Erfassung der realen Verhältnisse, durch die er zum großen praktischen Staatsmann wurde. Nur die Frage möchte ich zum Schluss aufwerfen, wem von beiden die vollere Schale des Glückes zu teil geworden ist. Sie waren beide Minister preussischer Könige, und der Erfolg ihrer Lebensarbeit hängt zu einem guten Teile davon ab, wie sie zu ihren Herrschern standen. Schon 1804, als Stein sein erstes Ministerium antrat, hatte der König große Bedenken gehabt; er hielt ihn bei aller Anerkennung seiner großen Talente und musterhaften Amtsführung für „excentrisch und genialisch, d. h. für einen Mann, der immer nur seine Meinung für die wahre hält“. Steins erstes Ministerium endete bekanntlich infolge eines heftigen Konflikts mit dem König. Auch während des zweiten hat sich kein engeres Verhältnis zwischen ihnen herausgebildet; Friedrich Wilhelm hat später dem französischen Gesandten bekannt, daß er Stein nie geliebt habe, und es ist kein Grund, diese Nachricht zu bezweifeln; ja in der Zeit der Befreiungskriege, als sich Stein in Alexanders Umgebung befand, wurde er ein Gegenstand des Mißtrauens, als sei er ein Werkzeug russischer Pläne. Wie anders war das Verhältnis zwischen Bismarck und unserm alten Kaiser Wilhelm! Zwar auch er hat sich erst nach langem Bedenken entschlossen, Bismarck, wie man ihm riet, zum Minister zu machen. „Das fehlte noch“, soll er nach dem Herzog von Coburg geäußert haben, „daß ein Mann das Ministerium übernimmt, der alles auf den Kopf stellen wird“; mehrmals ist Bismarcks Berufung gescheitert, und erst in der höchsten Not, bereit, wie erzählt, andernfalls abzutreten, ernannte er ihn zu seinem ersten Beamten. Und das läßt sich wohl begreifen, wenn man die Verschiedenheit der Charaktere bedenkt: der König eine Natur von harmonischer Milde, bei aller Männlichkeit und Willensfestigkeit maßvoll, versöhnlich und zum Frieden geneigt, bei allem Preußenstolz bedachtsam, eine konservative Natur, dazu achtzehn Jahre älter als Bismarck; dieser eine Persönlichkeit, die aus größerem Holze geschnitzt schien, die sich bisher, im Landtag wie im Bundesrat, vornehmlich im Kampfe erprobt hatte; ein Mann von schneidender Schärfe im Reden und Handeln, der seine Abneigung gegen die legitimistische Lehre, wie sie der König sich zu eigen gemacht hatte, oft genug ausgesprochen hatte;¹⁾ dem nach eigener Aussage „seine alte Reputation von leichtfertiger Gewaltthätigkeit“ noch anhing, und von dem der österreichische Minister Rechberg äußerte, er halte ihn für fähig den Rock auszuziehen und selbst auf die Barrikaden zu treten. Auch später hat es an Meinungsverschiedenheiten nicht gefehlt. Man kennt die Klagen des Kanzlers aus dem Jahre 1869: „Ich bin mit meinen Kräften wieder fertig; ich kann die Kämpfe gegen den König gemächlich nicht aushalten“, und aus dem Jahre 1872: „Wir brauchen vier Ministerpräsidenten: für Seine Majestät, wo ich fühle, daß mein Einfluß schwindet, für die Kollegen, für das Parlament und für die auswärtigen Geschäfte“, und weiter: „Meine Federn sind durch Überspannung erlahmt; der König, als Reiter im Sattel, weiß wohl kaum, daß und wie er in mir ein braves Pferd zu Schanden geritten hat“. Aber das wissen wir alle, wie sich dieses Verhältnis entwickelte; wie warm der Sohn Friedrich Wilhelms III., der doch manchen Zug seines Wesens mit seinem Vater gemein hatte, vertrauen konnte, was jenem immer schwer geworden ist; und welche Quelle der Kraft für unsern großen Staatsmann, des Segens für unser Volk dieses in unserer Geschichte beispiellose Verhältnis geworden ist. Und noch ein andres möchte ich

¹⁾ Busch, König Wilhelm und Bismarck. Bismarck-Jahrbuch II.

berühren. Stein hat das Werk, das er in Preußen begonnen, nicht vollenden dürfen; die deutsche Einheit, das Ziel seines heißen Sehns, hat er nicht geschaut; mit 58 Jahren trat er in das Privatleben zurück. Seine Thätigkeit als Landtagsmarschall der Stände Westfalens machte ihn nur in dieser von ihm so geliebten Provinz zu einer bekannten Persönlichkeit; dem deutschen Volke kam er, der einst nach Schöns Zeugnis populärer war als je ein Minister, den 1814 deutsche Patrioten allen Ernstes zum deutschen Kaiser machen wollten, allmählich aus den Augen. Sein Name wurde nicht, wie der Bismarcks, zum „Feldgeschrei, unter dem die nationalgesinnten Deutschen sich einigten“; und als er 1831 starb, da pafst auf ihn das Wort, das Tacitus von seinem Schwiegervater Agricola braucht: *paucioribus lacrimis comploratus est*, es sind zu wenig Thränen um ihn geflossen. Auch dem Fürsten Bismarck ist das bittere Gefühl nicht erspart geblieben, als unthätiger Zuschauer neben den politischen Ereignissen zu stehen, die er einst beherrschte; „ich bin ein matter und müder alter Mann, der das Leben hinter sich hat und vom Leben nichts mehr zu erwarten hat“, so hat er sich gar manchmal ausgesprochen. Und doch wie anders ist sein Lebensabend als der des Freiherrn vom Stein! „Gottes Gnade habe ihn vor dem Fluch des Alters, der Vereinsamung, ferngehalten“, bekannte er dankbar 1892 zu Augsburg auf jener berühmten Reise ins Reich: mehr gehaßt als Stein, allerdings, gehaßt von denen unsrer Volksgenossen, welche unsre nationalen Ideale teilen und in Bismarck nur den rücksichtslosen Vorkämpfer der Majestät des Staats sehen; aber auch unendlich mehr geliebt! Wann hat es Deutschland erlebt, daß sich ein so gewaltiger Teil der Bevölkerung in jubelnder Verehrung um einen Lebenden als den nationalen Helden vereinigte!